

JENNY BARGETZI, STEPHANIE CAMINADA
(TEXT), ANNICK RAMP (BILDER)

Einen Monat nachdem es in der Region Zürich zu einer Massenschlägerei zwischen Anhängern und Gegnern des eritreischen Diktators Isaias Afewerki gekommen ist, treffen sich einige Exil-Eritreer auf einem Fussballplatz mitten in einem Zuger Wohnquartier. Sie gehören dem Verein «Eri Zug» – eine Wortkreation aus Eritrea und Zug – an, der in der Eri Swiss League spielt, der eritreischen Fussballliga in der Schweiz. Gegründet wurde sie von Samuel Okubay, der selbst Eritreer ist.

Normalerweise treffen sich die Spieler zweimal pro Woche. Seit den Vorfällen nur noch einmal. Der Verein will kein Aufsehen erregen. Auf dem Platz rufen sich die Spieler, alle zwischen 17 und 25 Jahre alt, auf Tigrinisch zu, die Sprache der grössten ethnischen Gruppe in Eritrea. Dieselbe Sprache zu sprechen, senke die Hemmschwelle mitzumachen, sagt Okubay und erzählt von seiner Ankunft in der Schweiz. Er habe zwar Hilfe von den Behörden bekommen, sagt er. Aber sich in einer fremden Sprache mitteilen zu müssen, sei schwierig.

Seit der Konflikt zwischen Anhängern und Gegnern des eritreischen Regimes in mehreren europäischen Ländern eskaliert ist, sind die Exil-Eritreer noch stärker in den Fokus geraten. Anlass der Schlägerei im Glattpark in Opfikon waren der Jahrestag des Beginns des eritreischen Unabhängigkeitskrieges und die vorhergehende Absage eines Eritrea-Festivals im Kanton St. Gallen. Mehrere hundert Oppositionelle hatten angekündigt, den Anlass zu stören, worauf der Veranstalter das Fest abbrach.

Die Spannungen innerhalb der Migrationsgruppe gibt es schon seit Jahren. Doch nun erreichen sie eine neue Dimension der Gewalt. In Zürich gingen die verfeindeten Lager mit Fäusten, Stöcken und Fahnenstangen aufeinander los. Die Polizei musste mit einem Grossaufgebot eingreifen. «Der Veranstalter nennt es ein Kulturfestival», sagt Samuel Okubay, «aber es ist eine politische Veranstaltung, die verboten werden muss.» Der St. Galler SVP-Kantonsrat Sascha Schmid sieht das ähnlich. Allerdings deshalb, weil er die eritreischen Gruppierungen als extremistisch einstuft. Die St. Galler Regierung wies dies in einer schriftlichen Antwort Ende Oktober zurück. Die Einstellung gegenüber dem eritreischen Regime oder die «tätliche Auseinandersetzung» würden nicht ausreichen, um jemanden als Mitglied einer extremistischen Organisation zu betrachten.

Fremde Konflikte, gewaltsam auf Schweizer Boden ausgetragen. Eine tiefe Spaltung zwischen den Geflüchteten. Ein eritreischer Fussballverein, abseits der Schweizer Liga. Wie steht es tatsächlich um die Integration der Eritreer in der Schweiz?

Vom Flüchtling zur Fachkraft

Samuel Okubay ist 24 Jahre alt und flüchtete vor neun Jahren vor dem eritreischen Regime nach Europa. Mithilfe eines Schleppers gelangte er über Umwege nach Libyen, von dort mit einem Holzboot über die Mittelmeerroute nach Italien und schliesslich mit einem Bus in die Schweiz. Mittlerweile lebt und arbeitet er als Sanitärinstallateur in Zug. Er ist verheiratet und Vater eines 5-jährigen Jungen.

«Es läuft nicht gut mit der Integration», sagt Okubay. Mit dem Fussballtraining wolle er diejenigen abholen, die ihren Weg noch nicht gefunden hätten. «Sport treiben ist besser, als in einer Bar abzuhängen», sagt er. Und im Training gebe es klare Regeln, an die sich die Spieler halten müssten. Mittlerweile spielen 450 Eritreer in der Eri Swiss League, verteilt auf 15 Mannschaften in der ganzen Schweiz. Es ist eine Art Selbsthilfe. Okubay sagt: «Die ältere Generation will uns nicht helfen.» Darum habe man sich bewusst von ihr distanziert.

Zur älteren Generation gehören rund 600 Eritreer, die zwischen den 1980er Jahren und vor 2001 in die Schweiz geflüchtet sind. Viele von ihnen verehren den Diktator Isaias Afewerki als Freiheitshelden, weil er 1993 die Unabhängigkeit von Äthiopien erkämpft hatte. Ein Grossteil von ihnen ist inzwischen eingebürgert oder hat eine Niederlassungsbewilligung C, was bedeutet, dass sie sich seit zehn Jahren oder mehr in



Der 24-jährige Samuel Okubay hat die eritreische Fussballliga in der Schweiz aufgebaut. Derzeit spielen 450 Eritreer in der Eri Swiss League in verschiedenen Teams.



Darum sind Eritreer schlecht integrierbar

Am Regime von Diktator Isaias Afewerki scheiden sich die Geister der Eritreer, auch in der Schweiz. Das haben gewaltsame Zwischenfälle im Herbst gezeigt. Exil-Eritreer erzählen von einer gespaltenen Gemeinschaft. Sie glauben, dass die jüngere Generation sich besser in die Gesellschaft einfüge

der Schweiz aufhalten. Ihnen gegenüber steht die jüngere Generation, die das Land nach 2001 verlassen hat, nachdem das totalitäre System eingeführt worden war. Für sie bedeutet Eritrea Unterdrückung und Armut. Zwei Generationen, gespalten durch politische Ansichten.

Viele Eritreer der ersten Migrationsgruppe lebten seit 40 Jahren hier, aber einige sprächen immer noch kaum Deutsch, sagt Okubay. Sie seien von der Sozialhilfe abhängig. Dagegen seien die Kinder der ersten Einwanderergruppe und diejenigen, die nach 2001 gekommen seien, motiviert zu arbeiten. «Wer einen Job hat, hat keine Zeit, etwas Schlechtes zu tun.» Tatsächlich ist die Mehrheit der erwerbstätigen Eritreer unter 40 Jahre alt. Bei den Schweizern ist es umgekehrt. Die Spieler würden sich gegenseitig beim Schreiben von Bewerbungen helfen, sagt Okubay. Er zeigt auf einen Buben in einem weissen Trikot. «Er hat gerade eine Lehrstelle bekommen. Dank uns.» Auch er selbst sei ein Vorbild. So seien bereits vier aus der Mannschaft Sanitärinstallateure geworden.

Desaströse Situation in Eritrea

Eduard Gnesa, ehemaliger Direktor des Bundesamts für Migration und bis vor wenigen Jahren Botschafter für internationale Migrationszusammenarbeit, sagt: «Im Vergleich zu den meisten anderen Flüchtlingsgruppen verläuft die Integration von Eritreerinnen und Eritreern harzig.» Laut Gnesa sind mehrere Faktoren dafür verantwortlich: mangelnde Bildung, schlechte Sprachkenntnisse, soziale Isolation, Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, patriarchalische Familienstrukturen, psychi-

sche Belastungen durch Erfahrungen im Nationaldienst oder auf der Flucht. Ähnlich schwer zu integrieren seien nur Syrer und Afghanen. Das sehe er auch in Deutschland, Schweden und Norwegen, wo grössere eritreische Migrationsgruppen leben.

Gerade im Bereich der Migration dürfe die Innenpolitik nicht von der Aussenpolitik getrennt werden, sagt Gnesa. Wie die Integration hierzulande verlaufe, sei stark mit der Situation in Eritrea verknüpft. Und die sei «desaströs». So berichten Menschenrechtsorganisationen von Tausenden Eritreern im Alter zwischen 18 und 50 Jahren, die vor der Wehrpflicht fliehen. In der Schweiz gilt die Kriegsdienstverweigerung seit 2013 jedoch nicht mehr als Asylgrund. Die betroffenen Asylsuchenden werden meist nur vorläufig aufgenommen. «Es gibt kein Parlament, keine Verfassung, keine unabhängigen Gerichte, keine freie Presse. Man kann das schon mit Nordkorea vergleichen», sagt Gnesa.

Nach der Schlägerei in Opfikon Anfang September forderte der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr das Staatssekretariat für Migration (SEM) auf zu handeln. Es gebe keinen Grund, weshalb regimetreue Eritreer in der Schweiz weiterhin Schutzstatus geniessen sollten. Auch die SVP fordert die Ausweisung gewalttätiger Eritreer. Allerdings schreibt der Zürcher Regierungsrat in einem Bericht, die Ausschreitungen und Gewalttaten eritreischer Gruppen hätten sich «seit 2009 nicht grundlegend verändert».

Das Bild der 43 000 in der Schweiz lebenden Eritreer ist widersprüchlich. Laut dem Bundesamt für Statistik bezog jeder vierte Eritreer im Jahr 2021

Sozialhilfe. Nach den Türken hat die eritreische Migrationsgruppe die niedrigste Erwerbsquote aller hier lebenden Ausländergruppen. Und doch sind mittlerweile fast viermal so viele Eritreer in der Schweiz arbeitstätig wie noch vor zehn Jahren.

«Die Zahlen sagen wenig über die tatsächlichen Betragshöhen der Sozialhilfe aus», sagt der Migrationsexperte Eduard Gnesa. Viele von der Sozialhilfe unterstützte Eritreer arbeiten zusätzlich, allerdings überwiegend im Niedriglohnssektor. Da weniger als 10 Prozent der erwerbstätigen Eritreer eine höhere Berufsausbildung absolviert haben, arbeiten sie im Vergleich zu anderen Nationalitäten häufiger als Hilfsarbeitskräfte. Sie würden somit zwar von der Sozialhilfe unterstützt, aber nicht mit dem vollen Betrag, sagt Gnesa.

Vermehrt jüngere Asylsuchende

Insgesamt habe sich die Situation rund um die Integration verbessert, sagt Gnesa und macht dabei zwei Aspekte geltend. Erstens ist die Anzahl der gestellten Asylgesuche zurückgegangen. Während das Staatssekretariat für Migration im Jahr 2015 einen Höchststand von fast 10 000 Gesuchen verzeichnet hat, waren es im Jahr 2022 noch 1830, was einem Anteil von 7,5 Prozent aller Asylgesuche entspricht. Gnesa führt dies teilweise auf das im Jahr 2019 eingeführte beschleunigte Asylverfahren zurück. Die Bearbeitung eines Asylantrags dauert hierzulande durchschnittlich 50 Tage – in Deutschland warten Asylbewerber mehr als 7 Monate auf eine Entscheidung, in Frankreich durchschnittlich 14 Monate. Das macht die

Alle 16 Spieler von Eri Zug absolvieren eine Lehre oder haben diese bereits abgeschlossen und arbeiten.



Das Bild entstand bei einem Training von Eri Zug.

Schweiz folglich weniger attraktiv für Asylsuchende, die im Falle eines negativen Asylentscheids die Schweiz schnell verlassen müssen.

Zweitens sind drei Viertel der gestellten Asylgesuche sogenannte Sekundärgesuche. Sie ergeben sich aus einem bereits gestellten Antrag, das heisst Familiennachzüge, Mehrfachgesuche oder Geburten. Im Jahr 2021 wurde jede vierte eritreische Person in der Schweiz geboren. Und weniger Asylgesuche und mehr Geburten hierzulande führen dazu, dass die Gemeinschaft immer jünger wird. 2021 war jede dritte Person unter 14 Jahren. Die jüngere Generation, sagt Gnesa, werde nun eingeschult und wachse in der Schweizer Gesellschaft auf. Andere seien über eine Lehre ins Berufsleben eingetreten. Das duale Bildungssystem verschaffe der Schweiz damit einen grossen Vorteil im Integrationsprozess. Und tatsächlich: Alle 16 Spieler von Eri Zug absolvieren eine Lehre oder haben diese bereits abgeschlossen und arbeiten.

Fehlende Eigeninitiative

Wie es einem Geflüchteten in der Schweiz ergehe, habe viel mit der Bildung zu tun, sagt der Eritreer Shishai Haile. Er war wegen seines katholischen Glaubens zehn Monate lang inhaftiert. Dann gelang ihm die Flucht aus dem Gefängnis. Über den Sudan, Libyen und Italien kam er 2015 in die Schweiz. Heute wohnt der 33-jährige Haile mit seiner Frau und seinen zwei Kindern in Aarau. Er hat in der Schweiz eine Ausbildung als Migrationsfachmann und interkultureller Dolmetscher abgeschlossen. Seit 2020 arbeitet er für das National Coalition Building Institute Schweiz in Zürich und Umgebung. Haile begleitet Landsleute zu Terminen beim Hausarzt oder beim Sozialdienst, erklärt ihnen die diversen Schweizer Systeme in ihrer Muttersprache und schlägt damit die Brücke zur Schweizer Gesellschaft.

Haile selbst wurde nach zwei Jahren als Geflüchteter anerkannt, doch als er dem Jobcoach sagte, dass er eine Ausbildung machen wolle, lehnte dieser ab. «Er legte mir eine Lehre in einem Bereich mit niedriger Eintrittsschwelle nahe, etwa einen Verkaufs- oder Putzjob. Das ist eine Vorverurteilung», sagt Haile, der in Eritrea ein Studium der Religionsphilosophie begonnen hatte. Viele Sozialarbeiter hätten das Vorurteil, dass eritreische Personen nicht arbeiten wollten und

sich auf der Sozialhilfe ausruhen, sagt Haile. «Die Schweizer Gesellschaft verlangt von mir, dass ich eigeninitiativ bin und selbstständig handle. Aber in Eritrea komme ich dafür ins Gefängnis.»

In Eritrea steht auch das Bildungssystem unter militärischer Kontrolle. Bereits im 12. Schuljahr absolvieren Schülerinnen und Schüler das Militärausbildungslager Sawa, das von der Uno für seine unmenschlichen Bedingungen kritisiert wird. Vor dem Einzug in den Nationaldienst brechen deshalb viele die Schule ab. Dafür droht ihnen die Haft. Auch fehle es an Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitschancen, sagt Haile. Ausserdem unterscheiden sich die Geschlechter stark: Der Anteil der arbeitenden Eritreer in der Schweiz ist fast doppelt so hoch wie derjenige der Eritreerinnen. Haile erklärt sich diesen Unterschied mit den traditionellen Rollenbildern in der eritreischen Gemeinschaft.

Die Asylorganisation Zürich (AOZ) dementiert den Vorwurf, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hätten Vorurteile gegenüber Eritreern. Bei der Unterstützung der beruflichen Integration kämen die Standards und Vorgaben der Integrationsagenda zum Einsatz. Dabei stehe neben dem Aufenthaltsstatus vor allem das Potenzial der Person und nicht das Herkunftsland im Fokus. Hürden für die Integration in den Arbeitsmarkt seien mangelnde Deutschkenntnisse, ein tiefes Bildungsniveau, Vorbehalte vonseiten des Arbeitgebers oder familiäre Verpflichtungen, schreibt die AOZ. Diese Hürden seien aber grundsätzlicher Natur und bezögen sich nicht auf eine Gruppe von Geflüchteten.

Die Bringschuld bei der Integration liege bei den Migranten, ebenso wie beim Gastgeberland und vor allem bei den politischen Entscheidungsträgern, sagt die Grünen-Politikerin Veronica Almedom. Almedom kam 1989, als sie 8 Monate alt war, während des Bürgerkriegs in Eritrea mit ihren Eltern und ihrer Schwester nach Martigny im Kanton Wallis. Später studierte sie Politikwissenschaften an der Universität Genf und ist heute Mitglied der Eidgenössischen Migrationskommission.

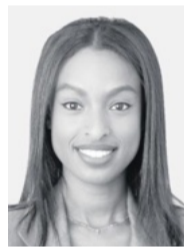
Als Aktivistin setzt sich Almedom für die eritreische Gemeinschaft ein. In der Politik stösst sie aber auf viel Gegenwind. So hat der Ständerat im Juni eine Motion des FDP-Ratsmitglieds Damian Müller angenommen, die verlangt, dass abgewiesene Asylsuchende aus Eritrea

in ein Drittland ausreisen müssen. Von den Eritreerinnen und Eritreern werde verlangt, dass sie sich in der Schweiz integrierten, gleichzeitig richte sich die Schweizer Politik gegen die eritreische Diaspora, sagt Almedom.

Tatsächlich hat die Schweiz ihre Asylpolitik gegenüber eritreischen Flüchtlingen in den letzten Jahren verschärft. Im Jahr 2019 wurden Personen, die zunächst eine F-Bewilligung erhalten und eine Lehre begonnen hatten, vom SEM überprüft. Einige wurden zur Ausreise aus der Schweiz aufgefordert, was für Unverständnis und Unsicherheit sorgte. Obwohl die Ausweisung nicht durchführbar sei, befänden sich die Jugendlichen nun in einer unregelmässigen Situation, sagt Almedom. Auch gegen den langen Arm des eritreischen Regimes mache die Schweiz zu wenig, sagt Almedom. Die Politik ignoriere grundsätzlich, dass das eritreische Regime in der Schweiz aktiv sei und die Eritreerinnen und Eritreer auch hierzulande unter Druck setze.

Das eritreische Regime erhebt eine Steuer von 2 Prozent auf das Einkommen von Eritreerinnen und Eritreern im Ausland, etwa auf den Lohn oder die staatliche Sozialhilfe. Wer die Steuer in der Schweiz nicht bezahlt, erhält vom eritreischen Konsulat keine Dienstleistungen oder Dokumente mehr, zum Beispiel bei der Beantragung einer Heirats- oder Geburtsurkunde oder beim Einreichen eines Härtefallgesuchs.

Laut dem Regime wird diese Steuer für den Wiederaufbau des Landes verwendet. Seit ihrer Einführung im Jahr 1991 wurde jedoch kein Bericht über die Staatsausgaben veröffentlicht. In der Schweiz hätten einige Personen bis zu 15 000 Franken nachzahlen müssen, um Dokumente zu erhalten, sagt Almedom. Eine Summe, die den Einzelnen in eine schwierige finanzielle Lage bringen kann. So blieben Eritreerinnen und Eritreer in der Schweiz auf Sozialhilfe angewiesen.

Shishai Haile
Interkultureller
DolmetscherVeronica Almedom
Mitglied Eidgenössische
Migrationskommission

Auch andere Länder erheben in der Schweiz eine solche Steuer, etwa die USA. Laut Almedom setzt die eritreische Regierung jedoch illegale Methoden wie Einschüchterung, Belästigung oder Erpressung ein, um das Geld einzutreiben. Gegen diese Steuer hat das Bundesamt für Polizei (Fedpol) 2015 Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft eingereicht. Diese fand allerdings keine stichhaltigen Beweise für ein rechtswidriges Verhalten der eritreischen Botschaft in der Schweiz.

Zwei-Prozent-Steuer vermeiden

In Deutschland lebende Eritreerinnen und Eritreer müssen seit diesem Frühjahr keinen Pass mehr vorweisen. In der Schweiz gilt die Regelung jedoch weiterhin. Der Eritreische Medienbund hat deshalb am vergangenen Freitag eine Petition zuhanden der kantonalen Migrationsdienste beim Kantonsrat eingereicht, in der die Aufhebung der Passpflicht gefordert wird. Damit könnten Exil-Eritreerinnen und -Eritreer einen Flüchtlingsantrag stellen, ohne die 2 Prozent Steuer bezahlen zu müssen.

Wenn jedoch eine eritreische Person in der Schweiz illegal für ihr Heimatland arbeitet, wird dies den Sicherheitsbehörden gemeldet, wie Samuel Wyss, Mediensprecher des SEM, auf Anfrage erklärt. Diese Person erhalte dann in der Regel kein Asyl. Jedoch werde von Fall zu Fall geprüft, ob eine Rückkehr nach Eritrea zulässig und zumutbar wäre.

In Zug steht Samuel Okubay am Rand des Fussballfelds und schaut seinen Spielern aufmerksam zu. Sie sollen gut spielen, damit sie zu einem Schweizer Verein wechseln können. Dann seien sie integriert. Okubay sagt: «Wir wollen keine Parallelgesellschaft sein.» Nächstes Jahr soll die gesamte Eri Swiss League Teil der Schweizer Liga werden.

AKW, Europa und ein Galadiner für Macron

Frankreichs Präsident besucht die Schweiz – ein Überblick über die Visite und die bilateralen Beziehungen von A bis Z

TOBIAS GAFAFER

AKW: Französische Atomkraftwerke leisten einen wichtigen Beitrag zur Schweizer Versorgungssicherheit, gerade im Winter. Die Stromversorger haben dieses Jahr mit dem EdF-Konzern neue Lieferverträge unterzeichnet. Ab 2025 müssen die EU-Länder allerdings mindestens 70 Prozent der grenzüberschreitenden Kapazitäten für den Austausch unter sich reservieren. Was das für die Schweiz heisst, ist unklar.

Binnenmarkt: Macrons Besuch erfolgt, kurz nachdem der Bundesrat beschlossen hat, ein neues Mandat für Verhandlungen mit der EU auszuarbeiten. Der Präsident will sich für eine Beschleunigung des Prozesses einsetzen, wie das Elysée verlauten liess.

Cern: Es ist der Programmpunkt, der am wenigsten inspiriert wirkt. Am Donnerstag besuchen Macron und Bundespräsident Alain Berset das Cern, das europäische Forschungsinstitut für Teilchenphysik, und den weltweit grössten Teilchenbeschleuniger.

Domaine réservé: Die Verfassung der Fünften Republik verleiht dem französischen Präsidenten eine grosse Macht, notabene in der Aussenpolitik. Macron hat seine exklusiven Handlungsfelder sogar noch ausgeweitet.

Europäische Politische Gemeinschaft: Die Schweiz hatte früh ihr Interesse an dieser Plattform von europäischen Staaten gezeigt, die Macron initiiert hat.

«Frontaliers»: Über 220 000 französische Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiten in der Schweiz. Für Frankreich ist das Fluch und Segen: Die «frontaliers» verdienen überdurchschnittlich gut, doch einheimischen Firmen fehlen Fachkräfte, weil sie nicht mit den hohen Schweizer Löhnen mithalten können.

Gesundheit: Viele der Grenzgänger arbeiten in der Romandie im Gesundheitswesen, während das Personal in Frankreich fehlt. Das dürfte auch bei den Gesprächen mit Berset zur Sprache kommen.

Halbleiter: Während die Schweiz eine liberale Wirtschaftspolitik verfolgt, setzt Frankreich traditionell auf eine starke Industriepolitik, besonders für Schlüsseltechnologien. So unterstützt es den Bau einer Halbleiterfabrik des Genfer Unternehmens STMicroelectronics im Südosten des Landes mit viel Geld.

Investitionen: Macron ist auch der oberste französische Standortförderer. Am Donnerstag trifft er Schweizer Wirtschaftsvertreter zum Mittagessen. Hiesige Unternehmen sind in Frankreich der dritt wichtigste Investor.

Jean Monnet: Macron ist einer der wichtigsten Fürsprecher der europäischen Integration. Diese hat auch bei seiner Visite in der EU-skeptischen Schweiz ein hohes Gewicht. Der Präsident besucht die Fondation Jean Monnet pour l'Europe bei Lausanne, wo die Archive des französischen Wegbereiters der europäischen Einigung aufbewahrt sind. Zudem wird Macron mit Alain Berset an der Universität Lausanne über Europa sprechen.

Klimawandel: Vor kurzem nahm Alain Berset am ersten internationalen Gipfel in Paris teil, der dem Schutz der Gletscher und der Polarregionen gewidmet war. Gemäss dem Elysée ist geplant, dass Frankreich und die Schweiz in diesem Bereich eine Erklärung unterzeichnen.

Lac Léman: Die Schweiz teilt mit Frankreich den Genfersee, die Rhone und den Doubs. Seit längerem laufen Gespräche über das Wassermanagement. Macrons Besuch soll ihnen neue Impulse verleihen.

Migration: Frankreich ist von der Sekundärmigration junger Migranten betroffen, die über die Schweiz einreisen. Vor kurzem haben Bern und Paris einen Aktionsplan unterzeichnet, um unter anderem gemeinsam gegen Schlepper vorzugehen.

Neutralität: Die (Nicht-)Weitergabe von Kriegsmaterial aus Schweizer Produktion an die Ukraine ist kein direkter Streitpunkt zwischen Bern und Paris. Trotzdem dürfte das Thema ebenfalls zur Sprache kommen.

Opulenz: Frankreich richtet bei Staatsbesuchen mit der grossen Kelle an. Der Bund will das Menu des Galadiners vom Mittwochabend noch nicht offenlegen. Eines ist aber bereits klar: Macron und seine Gattin werden in Bern nicht mit Fischbrötchen abgeseigt werden, wie es im Oktober bei einer französisch-deutschen Regierungsklausur in Hamburg der Fall war.

Petit suisse, le: So heisst nicht nur ein Dessert, sondern auch ein in die Jahre gekommenes Bistro in der Nähe des Jardin du Luxembourg in Paris. Sein Name umschreibt auch gut, was viele Pariser von den Schweizern halten.

Quellensteuer: Steuerfragen bleiben ein Dauerbrenner, vor allem zwischen welschen Kantonen und Frankreich.

Referendum: Die Schweiz stimmt regelmässig über Referenden ab, beim Covid-Gesetz gar drei Mal innert kurzer Zeit. Auch Macron will das Themenfeld von Referenden erweitern. Im französischen System ist dies jedoch eher ein Zeichen der Schwäche der Regierung.

Sanktionen: Die Schweiz hat die EU-Sanktionen gegen Russland übernommen, was zum bilateralen Tauwetter im Verhältnis zu Frankreich beigetragen hat. Doch Paris hat Fragen zur Umsetzung.

Tech-Firmen: Macron sind Digitaltechnologien wichtig. So dürfen am Donnerstag Gespräche mit Vertretern von Startups nicht fehlen.

UBS: An dem Tag, an dem Macron in die Schweiz kommt, gibt der französische Kassationshof seinen Entscheid im Prozess gegen die Grossbank UBS bekannt – jedoch nur per Medienmitteilung.

Versailles: Der Unterhalt des riesigen französischen Kulturerbes mit seinen Schlössern und Kathedralen verschlingt Unsummen. Auch Schweizer Mäzene beteiligen sich an der Finanzierung: Die Genfer Privatbank Lombard Odier unterstützt über ihre Stiftung die Restauration von Teilen des Schlosses mit gut 20 Millionen Franken.

Währung: Der Franken befindet sich nahe bei der Parität zum Euro, was Schweizer Touristen und auch Einkaufstouristen in Frankreich freut.

X: Auf 9,5 Millionen Follower kommt Macron auf der Plattform X, vormalig Twitter. Zum Vergleich: Bei Alain Berset sind es knapp 200 000.

Y-Bahnssystem: Im Bahnverkehr zwischen Frankreich und der Schweiz gibt es Erfolgsgeschichten wie den TGV oder die Genfer S-Bahn Léman Express. Nicht dazu gehört die Strecke Delsberg-Belfort. Trotz gemeinsamen Investitionen streicht Frankreich ab 2025 die direkten Züge. Der Kanton Jura reagierte trotz: Er verbessert die Verbindungen auf seinem Gebiet mit einem Y-Bahnssystem mit abzweigenden Linien.

Zürich: Frühere französische Präsidenten besuchten auch Zürich oder andere Orte der Deutschschweiz. Macron macht um diese einen Bogen – mit Ausnahme der Bundesstadt Bern, die zu ignorieren sich nicht einmal Son Excellence erlauben kann.